

# Ermutigungsprogramm für Umbau der Tierhaltung mit möglichst vielen Betrieben

**AbL für gemeinsames strategisches Vorgehen von Bund, Ländern und Branche**

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ruft Bund, Länder und die verschiedenen Akteure der Wirtschaft auf, sich auf ein gemeinsames strategisches Vorgehen zum Umbau in großen Teilen der Tierhaltung einzulassen. Es sei nicht mehr strittig, dass die Tierhaltung in einigen wichtigen Bereichen wie der heute vorherrschenden Schweinehaltung auf Vollspaltenböden ohne Außenklimabereiche überwunden werden müsse, erklärte der Vorsitzende der AbL Martin Schulz im Vorfeld der Grünen Woche, die nächste Woche in Berlin eröffnet wird. Jetzt müsse es an die Umsetzung gehen.

„Entscheidend ist, dass wir den Umbau so hinbekommen, dass er den berechtigten Anliegen des Tier- und Umweltschutzes gerecht wird und gleichzeitig den Bauern und Bäuerinnen eine nachhaltige wirtschaftliche Perspektive eröffnet“, formulierte Schulz die Zielsetzung der AbL. Es bestehe sonst die Gefahr, dass sich viele Betriebsleiter überfordert fühlten, in die notwendigen Änderungen zu investieren. „Der Umbau in der Tierhaltung wird pro Jahr bis zu fünf Milliarden Euro kosten“, so Schulz. „Das können die Betriebe nie und nimmer bezahlen. Es sind alle, insbesondere Bund und Länder, aber auch der Handel und die Schlacht- und Fleischunternehmen über eine transparente Marktdifferenzierung und damit auch wir alle als Verbraucher gefordert“, mahnt der AbL-Vorsitzende.

„Wir brauchen ein Ermutigungsprogramm, das für die Gesellschaft wie für die bäuerlichen Betriebe glaubhafte und verlässliche Perspektiven aufzeigt. Es muss klar werden, wohin wir wollen, also wie Tiere gehalten werden sollen. Und die Bauern müssen sich auf dem Weg dorthin darauf verlassen können, dass sie auf den Kosten nicht hängenbleiben. Das sind zwei wesentliche Voraussetzungen, auf die sich alle Akteure gemeinsam verständigen müssen. Das steht spätestens nach der Bundestagswahl an“, erklärt Martin Schulz,

Teil des Ermutigungsprogramms müsse zudem eine verpflichtende und differenzierte Tierschutz- und Herkunfts-Kennzeichnung sein, die auch beworben werden müsse. Das vom Bundesminister geplante „Tierwohllabel“ müsse dafür auch eine Premiumstufe beinhalten, die den hohen Anforderungen des NEULAND-Programms für umwelt- und tiergerechte Nutztierhaltung genügen müsse. Zudem bräuchten die Betriebe eine qualifizierte Beratung für den Umbau. Auch Wissenschaft und Ausbildung seien gefragt.

Im Genehmigungsrecht für Stallumbauten und Neubauten gebe es besondere Herausforderungen. „Mit den erforderlichen Stallsystemen in der Schweinehaltung mit Außenklimabereichen und mit spaltenlosen Flächen mit Stroheinstreu können die Genehmigungsbehörden in den Landkreisen derzeit nicht umgehen. Ihnen fehlen belastbare Daten z.B. darüber, um wie viel niedriger z.B. die Ammoniak-Emissionen in solchen Ställen sind. Hier brauchen die Betriebe dringend verlässliche Daten“, fordert Schulz, der selbst einen NEULAND-Schweinebetrieb führt.